

Umweltpolitische Instrumente zur Reduzierung der Plastikverschmutzung von Binnengewässern über Entwässerungssysteme

Das Verbundprojekt untersucht, welche Mengen und Arten an Plastik aus welchen Quellen über Abwassersysteme in die Umwelt eingetragen werden. Basierend auf diesen Messungen sowie quantitativen und qualitativen empirischen Erhebungen werden Maßnahmen entwickelt, die Haushalte und Unternehmen unterstützen sollen, Plastik nicht mehr in Abwässer einzutragen. Ausgewählte Maßnahmen zur Verhaltensänderung werden sowohl auf Basis von Computersimulationen untersucht als auch in Feldexperimenten in privaten Haushalten und in Unternehmen erprobt. Bestehende rechtliche Regelungen werden überprüft und Vorschläge zur Fortentwicklung des Rechtsrahmens entwickelt.

Anwendung eines Methodenmixes als Forschungsstrategie

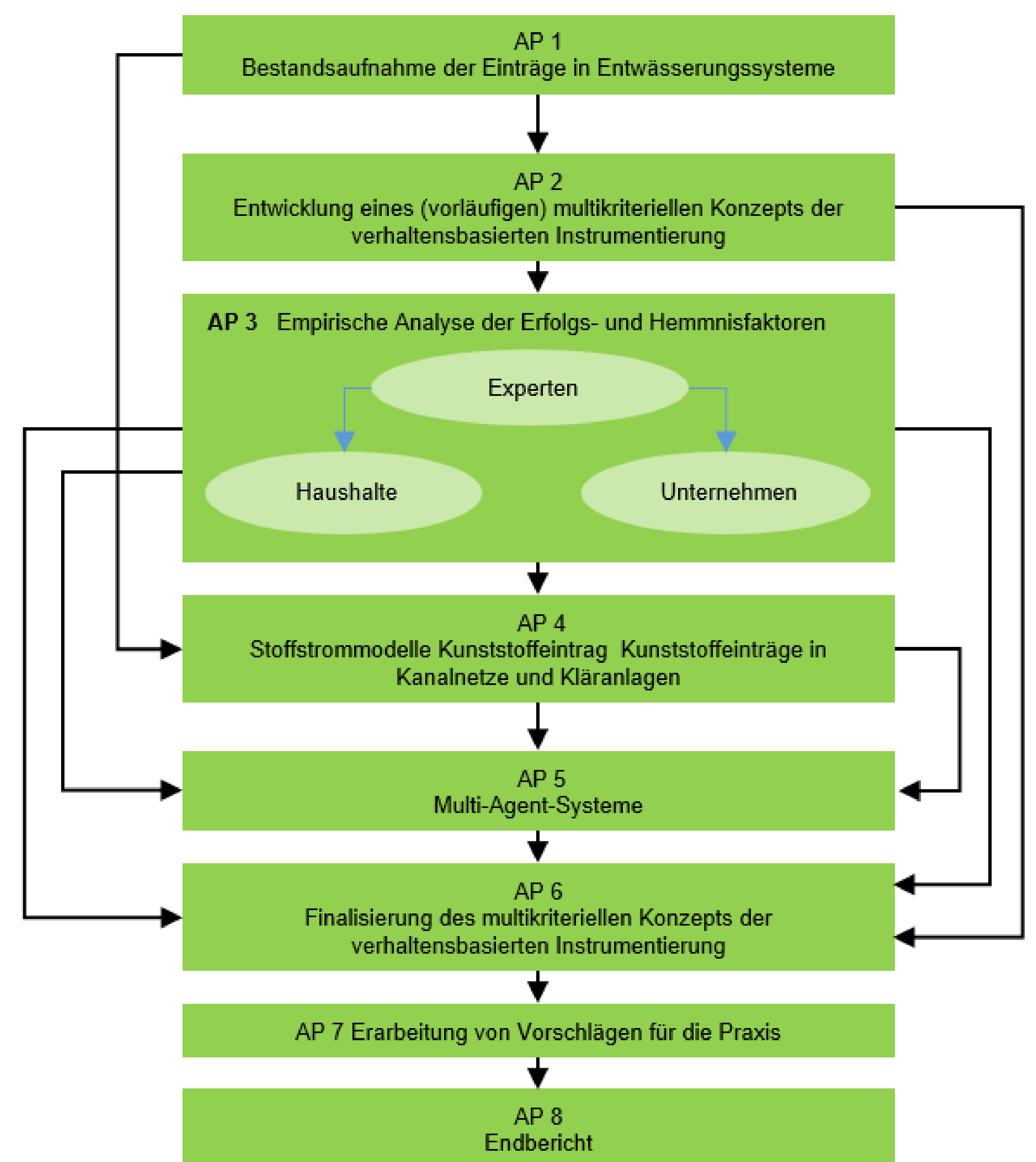
- Messung der Plastikeinträge in die Entwässerungssysteme von vier Modellgemeinden
- Quantitative und qualitative Untersuchung zu den Ursachen von Plastikeinträgen in Entwässerungssysteme
- Untersuchung rechtlicher Rahmenbedingungen mit Blick auf die Problematik von Plastikeinträgen



Makro- und große Mikroplastikstoffe in einer Kläranlage (Foto: Breitbarth / FiW, RWTH Aachen)

- Modelltechnische Darstellung der Stoffströme aus den betrachteten Quellbereichen Haushalte, Verkehrswege und Unternehmen der Kunststoffbranche der beteiligten Modellgemeinden
- Entwicklung verhaltensbasierter Maßnahmen zur Motivierung von Verhaltensänderungen
- Evaluierung der Wirkung von Maßnahmen mittels Feldexperimenten

Zusammenspiel der Arbeitspakete



Kontakt

Dr. Maria Daskalakis

Universität Kassel
 Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
 Fachgebiet Wirtschaftspolitik, Innovation und Entrepreneurship - Arbeitsgruppe Umweltpolitik
 Nora-Platiel-Str. 4
 34109 Kassel
 T.: +49 (0)561-804-3052
 E-Mail: daskalakis@wirtschaft.uni-kassel.de
 Website: <https://www.inreplast.de>

Ziel des Projekts ist es, erstmalig einen Überblick über den Eintrag von Plastik über Entwässerungssysteme in Binnengewässer zu erhalten, verhaltenswissenschaftlich fundierte und rechtlich durchsetzbare Maßnahmen zu entwickeln und die entsprechenden Erkenntnisse für Politik, Praxis und Verbände zugänglich zu machen.